

p.B. 22.52. T. (Gr)

~~p.B. 72.015.1~~

A k t e n n o t i z

Vorsprache des türkischen Botschafters A. Bilge (X);
türkisch-griechische Gespräche über die Aegäis
vom 19./20. Juni 1976 in Bern

Botschafter Bilge stellt einleitend fest, in dieser dritten Gesprächsrunde seien gewisse Fortschritte erzielt worden. Während die Griechen sich bisher sehr formalistisch verhielten und nur über den Wortlaut der Eingabe an den Internationalen Gerichtshof verhandeln wollten, seien sie nun bereit, pragmatisch an die Sache heranzugehen. Zum ersten Mal hätten sie in ihre Delegation einen Geophysiker aufgenommen, was den Schluss zulasse, dass Athen die Berechtigung der türkischen These anerkenne, wonach nicht einfach abstrakt auf der Karte Grenzlinien gezogen werden könnten, sondern dass allfällige Abgrenzungen unter Berücksichtigung des Kontinentalsockels und der geologischen Verhältnisse des Meeresbodens vorgenommen werden müssten.

Ankara habe in diesem Sinne drei Vorschläge gemacht:

- a) den geographischen Begriff des Aegäischen Meeres zu definieren;
- b) eine gemeinsam anerkannte Karte über das strittige Gebiet zu erstellen (die Türkei sei durch frühere Verhandlungen mit der Sowjetunion gewitzigt, die die Karte der British Admiralty nicht akzeptiert habe);
- c) wenn die griechische Seite sich mit einer Teilung des umstrittenen Gebietes nicht einverstanden erklären könne, dann wäre der Vorschlag für eine gemeinsame Zusammenarbeit im Rahmen einer regionalen Oberhoheit gemeinschaftlichen Charakters zu prüfen.

Die griechische Seite hätte diese Vorschläge nicht zurückgewiesen sondern sich zu deren Prüfung einverstanden erklärt und ihrer-


./.

- 2 -

seits den Vorschlag wiederholt, den Text einer gemeinsamen Eingabe an den Internationalen Gerichtshof auszuhandeln. Damit hätten sich die Türken ihrerseits einverstanden erklärt.

X bemerkt hiezu, Ankara sei nicht einverstanden, das ganze strittige Problem einfach an Den Haag zu überweisen, da ihm mit rein juristischen Ueberlegungen nicht beizukommen sei. Dabei biete auch der Gerichtshof in Den Haag keine Gewähr für Unparteilichkeit. Vielmehr handle es sich darum, durch Verhandlungen zwischen den zwei Parteien für ein politisches Problem eine politische Lösung zu finden.

Es sei vorgesehen, die Verhandlungen weiterzuführen. Die beiden Regierungen würden sich über das Datum ins Einvernehmen setzen; wahrscheinlich fielen die Monate Oktober oder November in Betracht, also ein Datum nach der nächsten Runde der Internationalen Meerrechtskonferenz. Botschafter Bilge bemerkt zum Schluss, es sei bedauerlich, dass auf griechischer Seite die öffentlichen Kommentare zu diesen bilateralen Gesprächen immer negativ ausfielen, anstatt die Oeffentlichkeit auf eine Verhandlungslösung vorzubereiten.

A. H. 

A. Hugentobler

Geht an die Herren Bundesrat P. Graber
Generalsekretär A. Weitnauer
Botschafter R. Bindschedler
Botschafter E. Diez
C. Caratsch

Schweizerische Botschaft in Ankara
Schweizerische Botschaft in Athen